



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/94

23. April 1951.

Hinweise
auf den Inhalt:

Wahlen in Rheinland-Pfalz	S. 1
Wien, Zentrale des KP-weltgewerkschaftsbundes	S. 3
Spannungen in der badischen CDU	S. 4
Musikstücke nicht lizenzpflichtig	S. 5
Schlechte Verlierer	S. 6
Ost-Nachrichten	S. 7

Rheinland-Pfalz wählt am 29. April

P.J. Der am 29. April zu wählende Landtag von Rheinland-Pfalz wird der zweite seit seinem Bestehen sein. Aus den Wahlen vom 18. Mai 1947 hervorgegangen, trat er an die Stelle der Beratenden Landesversammlung, der es u.a. oblegen hatte, einen Verfassungsentwurf fertigzustellen. Zusammen mit der Verfassung, für die nur mit ganz geringer Mehrheit gegen die Stimmen der SPD votiert wurde, erfolgte die Wahl der 100 Abgeordneten des Landtages. Die Wahlen erbrachten folgendes Ergebnis: CDU 47, SPD 34, FDP 11, KPD 8 Sitze. Ein Jahr lang, bis zum Frühjahr 1948 reichte es für ein Allparteienkabinett, aus dem dann auf Betreiben der SPD die KPD ausgebootet wurde. Die FDP erreichte wenig später das gleiche Schicksal, als ihr Kabinettsmitglied ebenso naiv wie massiv die Prinzipien der Egoisten seiner Partei vertrat. Es blieb dann, abgesehen von einem achtwöchentlichen Interregnum, bei einer Koalition zwischen CDU und SPD. Das Allparteien-Kabinett hatte neun Ministerien, nach dem Ausscheiden des jeweiligen FDP- und KPD-Ministers sank diese Zahl auf sieben. Eine weitere Verminderung im Zuge einer angestrebten Verwaltungsreform erfolgte durch das zweite Kabinett Altmaier

(CDU), das insgesamt fünf Minister (drei CDU, zwei SPD) aufweist.

In seinen heutigen Grenzen ist das Land Rheinland-Pfalz Produkt der Besatzungsstrategie. Das hervorstechendste Merkmal der Struktur des Landes ist die Armut an Industrie mit allen Folgen, wie geringes Steueraufkommen, ungenügende Erschliessung des Landes usw. Die Besonderheiten der französischen Besatzungspraxis gipfelten (wenigstens in den ersten Jahren) in einer Politik des *Gordon sanitaire*. Wenn trotz allem die Sozialpolitik einschliesslich des Wohnungsbaues gemessen an der Situation anderer Länder manchen vorbildlichen Zug aufweist, so nicht zuletzt deshalb, weil auf diesem Gebiete die sozialdemokratische Initiative bei der Mehrheit der CDU wegen des Fehlens des schwerkapitalistischen Flügels keinen grundsätzlichen Widerstand fand. Umso bedenklicher machen sich die Folgen der vom (CDU) Wirtschaftsministerium kritiklos übernommenen Erhard'schen Wirtschaftspolitik bemerkbar. Ganz zu schweigen von der finsternen Reaktion, die sich auf dem Gebiete der Personal- und Kulturpolitik in ihrer Gänze zeigt.

Es besteht kein Zweifel, dass die SPD am 29. April die Chance eines Wahlsieges hat. Als fast sicher gilt ein Stimmenverlust der CDU zu Gunsten der FDP, die vor vier Jahren aus organisatorischen Gründen nicht ganz zum Zuge gekommen war. Doch ist ein "Erdrutsch" kaum anzunehmen, weil insbesondere im Norden des Landes die CDU aus konfessionellen Gründen mit einer konservativen Wählerschaft rechnen kann. Wie weit die Aussichten der übrigen Parteien und Gruppen (insgesamt neun) im einzelnen sein mögen, ist völlig unübersichtlich.

+ + +

Devisenspekulanten schädigen den dänischen Aussenhandel

R.H. Die Gerüchte über die Aufwertung der Schwedenkrone haben dänische Devisenspekulanten veranlasst, Schwedenkronen aufzukaufen, um sie später mit einem Kursgewinn verwerten zu können. Es handelt sich um nicht weniger als ungefähr 50.000.000 Kronen. Die Schwedenkrone ist nicht aufgewertet worden und der schwedische Finanzminister hat erklärt, dass Schweden sie auch nicht aufwerten wird. Aber der dänische Staat musste in verstärktem Masse seinen Kredit bei der Europäischen Zahlungsunion in Anspruch nehmen, womit sich die ohnedies angespannte dänische Devisenlage noch weiter verschlechterte.

+ + +

Neuer Sowjet-Terror in Österreich

F.Wien, im April.

Der kommunistische "Weltgewerkschaftsbund" hat beschlossen, seinen Sitz von Paris nach Wien zu verlegen. Sein Generalsekretariat erhält das Palais Coburg, wo bisher die Österreichisch-Sowjetische Gesellschaft und die Orop, die sowjetische Benzinfirma, untergebracht waren. Das Gebäude befindet sich auf der Seilentstätte, im ersten Bezirk, der unter der Kontrolle sämtlicher vier Besatzungsmächte steht. Sicherlich hätte der Weltgewerkschaftsbund auch im russischen Sektor genügend repräsentative Räume gefunden. Aber das Palais Coburg besitzt sicherlich mehr von jener Atmosphäre, die der Kommunismus bei der Vernebelung seiner Ziele benötigt. Wien als Zentrale einer revolutionären Bewegung bietet ausserdem bedeutend grössere Vorteile gegenüber Paris, der Hauptstadt eines selbständigen Staates. Wer sollte in Wien etwas gegen den kommunistischen Gewerkschaftsbund unternehmen?

Die Übersiedlung des Weltgewerkschaftsbundes erfolgt zu einem Zeitpunkt, da die seit Monaten vorbereitete Frühjahrsoffensive des Kommunismus anläuft, begünstigt durch die stetige Aufwärtsbewegung der Preise. Seit dem Beginn des Korea-Krieges sind die Grosshandelspreise um 29.5 v.H. und die Lebenshaltungskosten um 18.7 v.H. gestiegen. Inzwischen bewegen sich die Preise weiter nach oben. Die Bauern verlangen neuerdings höhere Preise für Milch und Butter, die Arbeiter und Angestellten dementsprechend höhere Löhne. Bei dieser Lohn- und Preisbewegung spielen die Sowjets eine nicht geringe Rolle; war es doch die polnische Kohle, auf die Österreich angewiesen ist und die infolge ihrer Verteuerung erhöhte Produktionskosten verursacht. In kommunistischen Kreisen sagt man deutlich, dass dies die Strafe für den Widerstand gegen die Volksdemokratie sei.

Allerdings nur eine der Strafen. Seit einigen Tagen beginnt das sowjetische Zermürbungsspiel, das für etliche Monate unterbrochen war, von neuem. An der Demarkationslinie verschwinden wieder Reisende, die Russen greifen in die Gerichtsbarkeit ein, sowjetische Soldaten befreien einen von der Gendarmerie verhafteten Fremden. Einer der Menschenräuber konnte jetzt entlarvt werden: es war ein

Kriminalbeamter des Polizeikommissariates Wien-Penzing, ein Kommunist. Die Österreicher verfügten seine Dienstenthebung. Werden sie ihn zur Verantwortung ziehen können? Das Penzinger Kommissariat ist in einen französischen und einen russischen Teil zerrissen. Selbstverständlich gehört der Menschenräuber in die Kompetenz des kommunistischen Bereichs . . .

Es gibt aber auch Zeichen ausserordentlichen Mutes. In der Maschinenfabrik Teudloff-Vamag, einem ehemaligen deutschen Unternehmen, das jetzt von den Russen verwaltet wird, erscheint eine sozialistische Betriebszeitung. Eines Tages beschlagnahmt ein österreichischer Kriminalbeamter das Blatt auf Geheiss der Sowjets, weil darin angeblich gegen die Sowjetunion gehetzt worden sei. Als der Betriebsobmann des Werkes vom russischen Generaldirektor entlassen wird, treten die 285 Arbeiter des Betriebes in den Streik. Auch Kommunisten sind darunter. Dem Betriebsratsobmann-Stellvertreter wird mit dem Militärgericht gedroht, wenn er nicht veranlasse, dass der Streik abgebrochen werde. Aber der Streik geht weiter und die Arbeiter lehnen es ab, mit dem russischen Generaldirektor weiter zu verhandeln. Sie verlangen, dass alle weiteren Schritte nunmehr von der Metallarbeitergewerkschaft getan werden.

Diese 285 Mann haben über Österreich hinaus wieder gezeigt, was Mut bedeutet. Sie können von nirgendwo Hilfe erhalten. Sie sind in der sowjetischen Zone auf sich selbst gestellt. Darum blickt nicht nur Österreich auf diese tapferen Arbeiter.

+ + +

Spannungen in der badischen CDU

Die parteipolitische Lage in Südbaden hat in den letzten Tagen eine in ihren Auswirkungen noch nicht ganz übersichtbare Zuspitzung erfahren durch eine Abspaltungsbewegung innerhalb der CDU. Schon vor einiger Zeit war festzustellen, dass zwischen dem klerikal-katholischen Flügel und der CDU-Leitung Spannungen eingetreten waren. Der vor 1933 führende Mann des badischen Zentrums, Prälat Dr. Föhr, der sich nach 1945 mit der Rolle eines politischen Beraters beim Erzbischof begnügte, hatte innerhalb der "Katholischen Aktion" scharf Stellung gegen die kulturpolitische Haltung der CDU genommen. Dann erregte einiges Aufsehen, dass Oberlandesgerichtspräsident

Dr. Zürcher, eine einflussreiche Persönlichkeit hinter CDU-Kulissen, seinen "bedingten Austritt" erklärte. Anlass dazu gab ihm ein von dem Freiburger CDU-Stadtrat Lehr veröffentlichter Artikel zur Südweststaatfrage, in dem es hiess: "Wenn wir richtig unterrichtet sind und die Zeitungen nicht gelogen haben, hat Wohleb den Bonner Verzögerungstendenzen in der Ländergrenzfrage nicht nur beifällige Aufmerksamkeit geschenkt. Kenner behaupten sogar, dass sein Intimus Dr. Zürcher, der sich so gerne als "Graue Eminenz" fühlt, an der gestarteten Verzögerungskampagne nicht ganz unschuldig war.

In der Front Föhr-Zürcher steht auch der Altreichskanzler Dr. Wirth, der bekanntlich aus dem badischen Zentrum hervorgegangen war. Nun hat auf einer Besprechung in Freiburg der Plan der Neugründung einer südbadischen Zentrumspartei festere Gestalt gewonnen. Die neue Partei soll sich vor allem durch ihr kulturpolitisches Programm von der CDU distanzieren und u.a. die Einführung der Konfessionsschule fordern an Stelle der badischen Simultanschule. Auch die Anhänger der Wiedererstellung des alten Landes Baden dürften in dieser Bewegung starken Einfluss haben.

Wie man hört, sollen auch einige Bundestagsabgeordnete der CDU geneigt sein, sich den badischen Separatisten anzuschliessen. Da allein Südbaden sieben CDU-Abgeordnete nach Bonn geschickt hat, ist die Situation für Adenauer nicht einfach; man befürchtet, das badische Beispiel könne in anderen Ländern Schule machen.

-r.

+ + + +

Musikstücke bei Mai-Feiern nicht lizenzpflichtig

(sp) Das Amtsgericht Berlin-Charlottenburg hat eine Entscheidung gefällt, die für 1.-Mai-Feiern von grundsätzlicher Bedeutung ist. Eine Gewerkschaftsorganisation hatte am 1. Mai 1950 in mehreren Lokalen öffentliche Tanzveranstaltungen durchgeführt. Die auf Verletzung der Urheberrechte an den gespielten Musikstücken gestützte Klage hat das Gericht abgewiesen, weil öffentliche Aufführungen eines Werkes der Tonkunst nicht lizenzpflichtig sind, wenn sie bei Volksfesten stattfinden. Zur Begründung, dass der 1. Mai ein Volksfest im Sinne dieser Bestimmung sei, hat das Gericht ausgeführt, der 1. Mai müsse "als ein Tag angesehen werden, der für sämtliche Schichten des deutschen Volkes als ein Feiertag aller arbeitenden Menschen angesehen werde, als Versinnbildlichung des Bekenntnisses der sozialen Gerechtigkeit, des moralischen Wertes der Arbeit im allgemeinen, des Friedens der inneren und äusseren Freiheit und der Verständigung unter den Völkern". Deshalb hätten die gewerkschaftlichen Veranstaltung nicht nur den Charakter einer Feier, sondern auch den eines Volksfestes im Sinne der einschlägigen urheberrechtlichen Bestimmungen.

Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

+ + +

- 6 -

Schlechte Verlierer

e. In der Durchführung der Geschäftsordnung des Bundestages bestimmte bisher ein ungeschriebenes Übereinkommen des "fair-play" die Regel, an die sich Regierungs- und Oppositionsparteien hielten. So hatte sich, trotz aller Mängel der Geschäftsordnung, ein parlamentarischer Stil entwickelt, der für die bestmögliche Abwicklung der Arbeit ebenso zweckmässig war, wie er das Ansehen des Parlamentarismus in Deutschland vermehren konnte. Dass gerade darin eine der Aufgaben des Bundestages liegt, darüber schienen Regierungs- und Oppositionsparteien einer Meinung. Die SPD hat dieser Einsicht folgend die zwangsläufigen Mehrheitsbeschlüsse der Koalitionsparteien bisher stets anerkannt, ohne unter formellem Protest den Plenarsaal zu verlassen. Die Regierungsparteien sind dazu offenbar nicht in der Lage, sobald sie einmal in der politischen Auseinandersetzung in der Minderheit sind. War es vor der Verabschiedung des ersten Gesetzes über die Mitbestimmung die Deutsche Partei, die unter Protest den Plenarsaal verliess, so versuchte kürzlich die CDU-CSU, durch Rückzug der Fraktion das Haus beschlussunfähig zu machen.

Es ist unwichtig, dass sie damit an der Mehrheit des Parlaments für den "zweiten Gesetzentwurf über die Neugliederung im Südwesten" nichts ändern konnte; richtig ist, dass gerade die Parteien, die so gerne behaupten, die SPD wolle die parlamentarische Demokratie desavouieren und "ein autoritäres Regime des Sozialismus vorbereiten", die Entscheidungsmacht der Mehrheit im Parlamentarismus nicht respektieren können.

Über die politischen Gründe dieser Haltung mögen sich die Partner der Bonner Koalition unter des Kanzlers Leitung unterhalten. Man soll sich aber darüber klar werden, dass ein Bruch mit den bisherigen Gepflogenheiten auch die anderen Parteien zwingen könnte, die Geschäftsordnung im Sinne des taktischen Vorgehens gegen eine Mehrheit auszulegen. Möglichkeiten dafür bietet die Geschäftsordnung genug. Die Faktik, die sich die CDU-CSU kürzlich leisteten, ist genau die Haltung, die von der SPD als Form der Opposition bisher abgelehnt worden ist, obwohl sie, von den Sozialdemokraten angewandt, vermutlich mehr Aussicht auf Erfolg bieten würde, als von Teilen einer uneinigen Koalition praktiziert.

Nachrichten aus der Ostzone:LDP-Mandate werden ausgewechselt

(sp) Rund 30 Prozent aller Gemeinde- und Kreistagsabgeordneten der sowjetzonalen LDP, die bei den kommunistischen Scheinwahlen vom 15. Oktober 1950 mit Zustimmung der SED gewählt worden waren, mussten inzwischen durch andere, der SED noch genehmere Personen ersetzt werden. Ihre Nominierung erfolgte ohne Nachwahlen.

Die Russen brauchen mehr Holz

(sp) Die sowjetische Kontrollkommission hat eine Erhöhung der Reparationsquote an Holz um 50 Prozent verfügt. Dadurch können rund 2/3 des Holzbedarfs der Sowjetzone nicht gedeckt werden. Beim Möbelbau und in der Bauindustrie muss der Holzverbrauch weitgehendst reduziert werden. In Zukunft müssen mehr Kunststoffe verwandt werden.

Kultura unbeschränkt

(sp) Nach einer Anordnung des sowjetzonalen Informationsamtes dürfen westdeutsche Filme von der sowjetzonalen Verleihgesellschaft nur übernommen werden, wenn als Gegenleistung ein Defa-Film von einem westdeutschen Verleih aufgekauft worden ist. Die Einfuhr sowjetischer Filme ist dagegen unbeschränkt. Sie hat sich bereits in den ersten Monaten des Jahres 1951 gegenüber 1950 verdoppelt.

Ostpolizei kämmt die Post durch

(sp) Unter dem Vorwand der Aufstellung eines sogenannten Selbstschutzes werden in Ostberlin alle Postangestellten für die Verwendung im Auftrage der Volkspolizei gemustert. Bei einer Betriebsversammlung der männlichen Postangestellten erklärte der Ostberliner Stadtrat Geisler, er habe der Volkspolizei 700-800 Personen zugesagt.

Zensurstelle Postamt Berlin - N4

(sp) Im Berliner Postamt N 4 hat vor einiger Zeit eine neue Zensurdienststelle ihre Tätigkeit aufgenommen, in der die Post aus Westdeutschland und Berlin einer Zensur unterzogen wird. In dieser Dienststelle befinden sich 30 Angestellte, die nach politischen Gesichtspunkten ausgewählt wurden. Nach der sogenannten Sowjetzonenverfassung ist das Brief- und Postgeheimnis zu wahren.

Panzer-Vopo bei Magdeburg

(sp) In Burg bei Magdeburg sind stärkere Einheiten der Volkspolizei auf dem ehemaligen Flugplatz Waldfrieden stationiert, die auf der Pietzpuhler Heide an Panzern ausgebildet werden. Ausserdem soll in Hillersleben ein grosser Truppenübungsplatz angelegt werden. Eine Reihe von Bauern musste das Gebiet bereits verlassen.

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt